

Zeitenwende: Sozial-ökologisches Desaster und mentale Zurichtung für den Krieg

Bruno Kern

Energiepolitischer Offenbarungseid

Die durch den Ukrainekrieg verursachte Knappheit und Verteuerung der Energie nimmt lediglich eine Situation vorweg, die uns spätestens im kommenden Jahrzehnt ohnehin eingeholt hätte. Dass die fossilen Energiequellen rapide versiegen, wird derzeit noch vom Fracking-Boom in den USA – dessen Ende allerdings absehbar ist – kaschiert. Bei konventionellem Erdöl wurde das Fördermaximum wahrscheinlich bereits im Jahr 2010 überschritten, und seriöse Studien gehen von einem Peak aller fossilen Energieträger (Kohle, Erdgas, Erdöl) bereits im Jahr 2025 aus. Auch die russischen Gasfelder befinden sich vermutlich bereits seit 2015 im Niedergang.¹ Keine Entspannung also in Sicht – und das genau zu dem Zeitpunkt, da wir die noch vorhandenen fossilen Ressourcen für den raschen und massiven Ausbau einer erneuerbaren Infrastruktur bräuchten. Dass Letztere nicht so vielversprechend ist, wie uns die Ökoliberalen jahrzehntelang einzureden versuchten, zeigen jetzt die verzweifelten Versuche, Flüssiggas mit einer desaströsen Energiebilanz aus aller Welt zu importieren, hektisch die entsprechende Infrastruktur aufzubauen (die sich erst in Jahrzehnten amortisiert) und Verträge über Gaslieferungen abzuschließen, deren Laufzeit bis in die Vierzigerjahre reicht. Deutschland erlebt derzeit übrigens ansatzweise eine Energieknappheit, die in anderen Regionen der Welt schon längst viel schmerzlicher spürbar ist. Das globale Ungleichgewicht verschärft sich zurzeit noch dadurch, dass wir auf den Spotmärkten aufgrund unserer größeren Finanzkraft Ländern wie Indien, Pakistan, Bangla Desh etc. derzeit das Gas wegkaufen.

Die komplette Versorgung des Industrielandes Deutschland auf dem heutigen Niveau mit erneuerbarer Energie ist eine unhaltbare Illusion: Lediglich 4,7 % unseres gesamten Energieverbrauchs (Elektrizität macht davon immer noch etwa 20 % aus) stammen aus Windmühlen, weitere 2 % aus Photovoltaik. Der zögerliche Ausbau ist keineswegs bürokratischen Hürden geschuldet, sondern dem grundsätzlich beschränkten Potenzial! Wenn der Wirtschaftsminister die Absichtserklärung abgibt, dass bis 2030 80 % des Stroms aus erneuerbaren Quellen kommen sollen, dann müsste er redlicherweise hinzufügen, dass dies immer noch nur ein Bruchteil unseres gesamten Energieverbrauchs wäre. Und selbst das steht in den Sternen. 2 % der Fläche Deutschlands sollen nach Habecks Vorgaben für Windparks reserviert werden – angesichts der Konkurrenz beim Flächenverbrauch, einer dringend nötigen flächenextensiveren Landwirtschaft, der Renaturierung von Mooren, usw. keine Banalität. Doch der Minister unterschlägt vor allem, dass es nicht einfach um Flächen, sondern um *geeignete Standorte* mit einer entsprechenden Durchschnittswindgeschwindigkeit geht. Und eben diese Standorte sind rar. Das lässt sich unter anderem daran ablesen, dass die Landesregierung in Baden-Württemberg verzweifelt dazu übergegangen ist, Staatsforste zur Abholzung für Windräder freizugeben. Der klimapolitische Sinn dieser Maßnahme darf bezweifelt werden. Ebenso unsinnig ist die Solarpflicht auf möglichst vielen Dächern. Photovoltaik ist jene erneuerbare Energieform, die den größten Input an Energie und Ressourcen braucht – bezogen auf die Kilowattstunde etwa sechzigmal so viel wie ein Atomkraftwerk. Eine positive Energiebilanz setzt eine bestimmte Sonnenstundenzahl im Jahr voraus, die in weiten Teilen Deutschlands nicht gegeben ist.²

¹ Vgl. die entsprechenden Zahlen der Energy Watch Group Germany, zitiert bei: Minqu Li, *The Rise of China and the Demise of the Capitalist World Economy*, London 2008, 148 ff; Mohr, S. et. al., *Projection of world fossil fuels by country*, in: *Fuel* 141 (2015), 120–135.

Ohne Wasserstoffimporte in großem Stil ist unsere industrielle Infrastruktur nicht aufrechtzuerhalten. Derzeit wird ein unverschämter Kolonialismus unter grünem Vorzeichen vorangetrieben, der zudem ein hohes Konfliktpotenzial in sich birgt. Zehntausende Menschen wurden im Kongo, einem Land also, in dem nicht einmal 20 % der Haushalte elektrifiziert sind, für ein Staudammprojekt zwangsumgesiedelt, das Wasserstoff unter anderem für den Konzern E.ON produzieren sollte. In Regionen mit viel Sonne und Wind, die man begierig ins Auge fasst, wie etwa Nord- und Westafrika, ist eine andere für die Wasserstoffproduktion nötige Ressource äußerst knapp, nämlich Süßwasser. In Ländern, die zum Teil seit Jahrzehnten an Trockenheit leiden, tritt unsere Gier nach dem Champagner der Energiewende in direkte Konkurrenz zu den Grundbedürfnissen der Menschen dort. Dass Habeck jetzt zusätzlich auf Wasserstoff aus Methan und in den Meeresboden verpresstes CO₂ setzt, zeigt deutlich genug, wie weit das Narrativ von einer auf grünem Wasserstoff basierten Industriegesellschaft trägt. By the way: Für die Versorgung der EU mit Wasserstoff war nicht zuletzt die Ukraine vorgesehen. Noch im Januar 2022 hat Ministerin Baerbock dort ein Wasserstoffbüro eröffnet. Und angesichts des massiven Rohstoffverbrauchs für erneuerbare Energien waren auch die Lithium-Vorkommen im Donbass durchaus von Interesse.

Solidarischer Rückbau

Gründlich blamiert hat sich inzwischen auch die angeblich so intelligente Steuerung durch marktkonforme Instrumente, vor allem durch stetige Anhebung des CO₂-Preises. Als die Energiepreise aufgrund des Krieges stiegen, wurde hektisch gegengesteuert. Dass ein höherer Preis schmutzige Energie automatisch vom Markt verdrängt, hätte ja zur Voraussetzung, dass genügend Alternativen bereitstünden! Stattdessen werden Kohlekraftwerke reaktiviert, und die EU führt ihren eigenen Emissionshandel ad absurdum, indem sie für ihr „REPowerEU“-Paket, mit dem die Energiewende vorangetrieben werden soll, für 20 Mrd. Euro Zertifikate aus der Marktstabilitätsreserve mobilisiert und damit den Preis für Zertifikate senkt! Verschmutzung für die Energiewende also!

Um ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, führt kein Weg an einer absoluten Absenkung des Verbrauchs vorbei. Die aktuelle politische Situation hätte die Chance geboten, genau diesen Rückbau-Prozess in die Wege zu leiten. Stattdessen wurde eine lächerliche Diskussion um den individuellen Verbrauch (Duschzeiten und Waschlappen!) geführt, die erkennbar vom tatsächlichen signifikanten Verbrauch in der Industrie ablenken sollte. Der größte Gasverbraucher ist die Chemieindustrie. Wenn man bedenkt, dass 35 % unserer Kunststoffproduktion allein der Verpackung dienen, wird klar, wo ein industrieller Rückbau anzusetzen hätte: an ordnungspolitischen Maßnahmen, die für eine breite Palette von Produkten Mehrwegsysteme verpflichtend vorschreiben. Natürlich wäre das nur ein erster bescheidener Schritt auf dem Weg zum ökologisch notwendigen Rückbau. Er hätte aber immerhin den Charme, die Lebensqualität der Menschen zunächst gar nicht zu tangieren und damit eine breite Mehrheit auf diesen dornigen Weg einzustimmen. Im selben Sinne könnte eine ordnungspolitische Eindämmung der „geplanten Obsoleszenz“ für eine breite Akzeptanz des ökologischen Rückbaus sorgen. Anstatt so populistischen Unsinn wie das 9-Euro-Ticket als Einstieg in die Verkehrswende zu verkaufen, hätte man den Ausstieg aus dem motorisierten Individualverkehr (inklusive der E-Mobilität!) zügig voranzutreiben. Natürlich setzt dieser industrielle Rückbau eine beherzte Umverteilung privaten Reichtums voraus. Auch hier hätte die aktuelle Situation den Einstieg ermöglicht. Aus Postwachstumsperspektive ist

² Vgl. dazu Kern, Bruno, Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich ²2020.

Inflation zunächst eine gute Nachricht, weil eine Reduktion der Menge an Gütern und Dienstleistungen voraussetzt, dass Geld aus dem System genommen wird, um einen „finanziellen Rebound“ zu vermeiden. Die Verteuerung von Energie und in der Folge anderer Güter, wie etwa auch Lebensmittel, ist global betrachtet nichts anderes als eine kleine Korrektur des Wohlstandsgefälles, das unsere einseitige Aneignung globaler Ressourcen bewirkt hat. Allerdings kommt alles darauf an, wie man sozialpolitisch mit dieser Situation umgeht. Anstelle von Maßnahmen, die wiederum überproportional die Wohlhabenden begünstigen, hätte man gezielt nur dem armen Drittel der Gesellschaft unter die Arme zu greifen. Länder wie Spanien zeigen durchaus, dass und wie das geht. In Deutschland würde das etwa bedeuten: deutliche Erhöhung von Transferleistungen wie Bürgergeld oder Sozialhilfe (um etwa € 200,-), Erhöhung des Mindestlohns, zeitlich begrenzte monatliche nicht zweckgebundene Zuschüsse für Personen und Haushalte bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze, Mietenstopp, Streichung der Mehrwertsteuer für einen Großteil von Lebensmitteln ... Dies würde gezielt denen helfen, die es wirklich brauchen, wäre ökologisch nicht kontraproduktiv, ohne großen Aufwand umsetzbar und für den Staat wesentlich billiger. Dem Rest der Bevölkerung ist zuzumuten, mit der Inflation zurechtzukommen. Wer jährlich in den Urlaub fliegt, kann auch seine Gasrechnung bezahlen.

Ausstieg aus der tödlichen Kriegslogik

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf ein souveränes Land, eine brutale Kriegsführung mitsamt all den Verbrechen, die ein Krieg mit sich bringt, haben in den Hintergrund treten lassen, mit welcher Zielstrebigkeit sowohl die NATO als auch die EU seit Jahrzehnten ihre eigenen geopolitischen Interessen verfolgen. Sowohl in den sogenannten „strategischen Konzepten“ der NATO als auch in entsprechenden Überlegungen auf EU-Ebene wie etwa dem „European Defense Paper“³ ist dies nachzulesen. Es ist an Absurdität kaum zu überbieten: Mit einem immer größeren Ressourcenaufwand bereitet man sich auf militärische Auseinandersetzungen um knapper werdende Ressourcen vor. Auch wenn militärische „Verteidigung“ vom Völkerrecht gedeckt ist, ist sie noch lange nicht legitim. Angesichts der Destruktivkräfte auch unterhalb der Schwelle von Massenvernichtungswaffen ist jede militärische Option widersinnig, weil sie genau das zerstört, was sie zu verteidigen vorgibt. Keine Grenzverschiebung der Welt ist das Opfer auch nur eines Menschenlebens wert. Die „Werte“, die der Westen angeblich verteidigt, erodieren gerade, weil die ethische Grundüberzeugung, auf der auch unser Grundgesetz aufruht, gerade unterminiert wird: die Einsicht in die Unüberbietbarkeit jedes menschlichen Lebens. Vor allem aber: Wer sich auf die militärische Logik einlässt, der kommt in ihr um. Wer jetzt die Ukraine mit schweren Waffen bestücken will, wird in Argumentationsnot geraten, wenn es gilt, einem absurden 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm zu widerstehen, das all die finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen verschlingt, die wir so dringend für das ökologische Umsteuern brauchen. Die Unterstützung militärischer „Verteidigung“ bedeutet die Inkaufnahme einer Aufrüstungsspirale und das Festhalten an der Logik der atomaren Abschreckung. Angesichts der Tatsache, dass wir unser CO₂-Budget, das noch zur Verfügung stand, ohne das 1,5-Grad-Ziel nicht zu verfehlen, inzwischen aufgebraucht haben, gilt: Wenn wir uns noch eine geringe Chance bewahren wollen, die Klimakatastrophe in gerade noch bewältigbaren Grenzen zu halten, dann müssen wir uns von jeder militärischen Logik radikal verabschieden. Als einzig legitim kann nur noch soziale Verteidigung

³ Vgl. dazu vor allem Zumach, Andreas, Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?, Köln 2005.

gelten, die dem Aggressor mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams und der Nichtkooperation begegnet. Klimaschutz heißt Pazifismus heißt Klimaschutz.⁴

⁴ Dies ist auch die Überschrift eines entsprechenden Positionspapiers der „Initiative Ökosozialismus“, zu finden auf: www.oekosozialismus.net.